

1. Auf welche Weise wird Ihre Partei Harmonie e.V. in seinen Anstrengungen zur Abwehr der Räumungsklage durch den vorläufigen Erwerber unterstützen?

Die Integrationsarbeit, die der gemeinnützige Verein „Harmonie“ leistet, muss im Interesse des Bezirkes fortgesetzt werden. Wir haben daher bereits im Februar dieses Jahrs eine Willenserklärung angeregt, die von der Bezirksverordnetenversammlung Tempelhof-Schöneberg einstimmig angenommen wurde.

Der Bezirk hat leider keine direkte Möglichkeit, auf die Räumungsaufforderung Einfluss zu nehmen. Daher ist es für uns wichtig, den politischen Druck auf die BImA auf allen Ebenen aufrecht zu erhalten, um eine Änderung der gegen die Interessen des Gemeinwesens gerichteten Verkaufspolitik in Allgemeinen und eine Rücknahme der Klage gegen die Wahrnehmung des Vorkaufsrechts im Fall der Katzler- und Großgörschenstraße im Besonderen zu erreichen.

2. Auf welche Weise unterstützt Ihre Partei das Anliegen des Bezirks Tempelhof-Schöneberg, das Vorkaufsrecht hinsichtlich des Verkaufs der Häuser in der Katzler- und Großgörschenstr. durch die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) wahrzunehmen?

Die Wahrnehmung des Vorkaufsrechts im Rahmen des Verkaufs ging auf die Anregung der Grünen Stadtentwicklungsstadträtin Sibyll Klotz zurück und wurde mit rot-grüner Mehrheit im Bezirksamt beschlossen.

Wir stehen zu 100% hinter der Wahrnehmung des Vorkaufsrechts in Sachen Katzler- und Großgörschenstraße und in vergleichbaren Fällen durch den Bezirk.

Wir möchten künftig den Milieuschutz im Bezirk ausweiten und das Vorkaufsrecht der Bezirke mit einem Ankauffonds auf Landesebene absichern.

3. Welche Maßnahmen sieht Ihre Partei vor, um soziale Vereine wie den von Räumung bedrohten Verein Harmonie e. V. in der Katzler Straße vor Verdrängung zu schützen?

Die Sicherstellung eines ausreichenden Angebotes an bezahlbaren (Gewerbe-)räumen unter anderem für soziale und kulturelle Angebote war und ist für uns ein wesentlicher Punkt unserer Stadtentwicklungspolitik und wird in naher Zukunft wieder stärker in den Vordergrund rücken müssen angesichts der zunehmenden Verdrängungsprozesse.

Die Instrumente reichen dabei von der Bereitstellung nicht mehr benötigter bezirklicher Liegenschaften über eine Kooperation mit den städtischen Wohnungsbaugesellschaften sowie dem Berliner Immobilienmanagement bis hin zu städtebaulichen Vereinbarungen mit privaten Eigentümer bzw. Vorhabenträgern und natürlich auch die Wahrnehmung des Vorkaufsrechts in geeigneten Fällen.

4. Welche Initiativen planen Sie bzw. Ihre Partei, um die dauerhafte Fortsetzung des Programms „Soziale Stadt“ in Berlin bzw. Tempelhof-Schöneberg sicherzustellen.

Die verschiedenen Städtebauförderungsprogramme wie Soziale Stadt, Stadtumbau West, Städtebaulicher Denkmalschutz und Aktive Zentren sind für uns wesentliche Säulen der bezirklichen Stadtentwicklungspolitik. Nicht umsonst fallen die Entscheidungen für die drei großen Projekte Quartiersmanagement Schöneberger Norden, Stadtumbau Schöneberg Südkreuz und Aktives Zentrum Lichtenrade Bahnhofstraße sowie eine Vielzahl kleinerer Projekte des städtebaulichen Denkmalschutzes in die Amtszeiten der Bezirksbürgermeisterin und späteren Stadtentwicklungsstadträtin Elisabeth Ziemer (Grüne) sowie der Stadtentwicklungsstadträtin Sibyll Klotz (Grüne). Im Rahmen dieser Projekte konnte in den vergangenen Jahren ein hoher zweistelliger Millionenbetrag an Fördermitteln für den Bezirk gesichert werden.

Auch in Zukunft werden wir uns im Bezirk dafür einsetzen, die Möglichkeiten der Städtebauförderung einschließlich des Programms Soziale Stadt zu nutzen und die vorhandenen bezirklichen Projekte bei Bedarf weiter zu verstetigen und gegebenenfalls neue Projekte ins Leben zu rufen.